

XXIII. GP.-NR

1688 /AB

18. Dez. 2007

REPUBLIK  ÖSTERREICHDR. ALFRED GUSENBAUER
BUNDESKANZLER

An die
Präsidentin des Nationalrats
Mag^a Barbara PRAMMER
Parlament
1017 W i e n

zu 2131 /J

GZ: BKA-353.110/0194-I/4/2007

Wien, am 17. Dezember 2007

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Glawischnig-Piesczek, Freundinnen und Freunde haben am 16. November 2007 unter der **Nr. 2131/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Kostenersatz für erfolgreiche Bürgerinitiativen vor dem Verfassungsgerichtshof gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2b:

- *Werden Sie die jüngste, nicht vorhersehbare Rechtssprechung des Verfassungsgerichtshofes zur Frage des Kostenersatzes von Bürgerinitiativen nach dem UVP-G (VfGH V 40/06 vom 22. Juni 2007) zum Anlass nehmen, um eine Novellierung des Verfassungsgerichtshofgesetzes vorzuschlagen, damit Bürgerinitiativen gleich wie andere VO-AnfechterInnen hinsichtlich Kostenersatz behandelt werden müssen?*
- *Welcher legistische Handlungsbedarf ergibt sich, um zumindest eine Gleichbehandlung von Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen mit den ProjektbetreiberInnen oder anderen drittbeteiligten Parteien zu sichern?*

In der Anfrage wird die vom Verfassungsgerichtshof im Erkenntnis VfGH 22.6.2007 V 40/06 vertretene Rechtsansicht, wonach Antragstellern gemäß § 24 Abs. 11 des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes 2000 (in der Folge: UVP-Gesetz) im Verordnungsprüfungsverfahren vor dem Verfassungsgerichtshof kein Kostenersatzanspruch zusteht, als „nicht vorhersehbar“ bezeichnet. Wie sich jedoch aus einer in der Anfrage selbst zitierten Passage dieses Erkenntnisses ergibt, wird dies vom Verfas-

sungsgerichtshof seit dem Jahr 2001 in ständiger Rechtsprechung vertreten, wobei er sich im ersten derartigen Erkenntnis auf den Standardkommentar zum UVP-Gesetz von Raschauer aus dem Jahr 1995 beruft (VfSlg. 16.242/2001, S 1304). Von „Unvorhersehbarkeit“ kann unter diesen Umständen wohl kaum gesprochen werden.

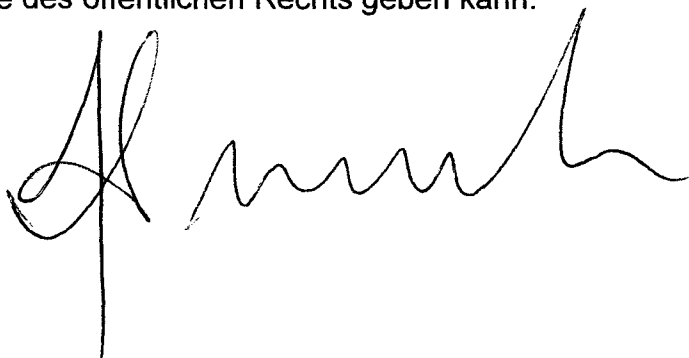
Dass der Verfassungsgerichtshof diese Rechtsprechungslinie im Jahr 2001 eingeschlagen und seither aufrecht erhalten hat, ohne ein Gesetzesprüfungsverfahren hinsichtlich des § 61a VfGG oder anderer Bestimmungen einzuleiten, zeigt, dass er diese Rechtslage für verfassungsmäßig hält. Qualifiziert man die Anfechtungsbefugnis gemäß § 24 Abs. 11 UVP-Gesetz als Instrument der abstrakten Normenkontrolle - und dies tut der Verfassungsgerichtshof im Erkenntnis VfSlg. 16.242/2001 unter Berufung auf Raschauer - ist es auch nur konsequent, wenn im Bereich der abstrakten Normenkontrolle alle Anfechtungsbefugten gleich behandelt werden. Es erscheint daher bezeichnend, dass der Verfassungsgerichtshof im Erkenntnis VfSlg. 16.242/2001 auf die „insofern gleichgelagerte Rechtslage bei Anträgen gemäß Art. 139 Abs. 1 zweiter Satz B-VG“ verweist (wonach den nach dieser Bestimmung Anfechtungsbefugten ebenfalls kein Kostenersatzanspruch zusteht).

Im Übrigen ist § 24 Abs. 11 UVP-Gesetz - auch dies ergibt sich aus dem Anlass für die Anfrage bildenden Erkenntnis VfGH 22.6.2007 V 40/06 - mit Ablauf des 31. Dezember 2005 außer Kraft getreten und nur auf bestimmte Vorhaben weiter anzuwenden.

Zu Frage 2a:

- *Sind nach Ansicht des Bundeskanzleramtes aufgrund dieses Erkenntnisses auch für Bürgerinitiativen oder Nichtregierungsorganisationen nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz in anderen Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof oder dem Verwaltungsgerichtshof Schlechterstellungen in Fragen des Kostenersatzes nicht auszuschließen?*

Grundsätzlich ergeben sich aus dem Erkenntnis keine Auswirkungen auf andere Verfahren. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass es Änderungen in der Rechtsprechung der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts geben kann.

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized initial 'A' followed by a series of connected loops and a long horizontal stroke at the end.